

## Plenardebatte am 27.02.2013

### TOP 1: „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 – Teilbereich Arbeit und berufliche Weiterbildung“

#### Landtagsabgeordneter Matthias Kerkhoff

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Sieben Bundesländer schreiben inzwischen schwarze Zahlen. Hier in Nordrhein-Westfalen sieht es anders aus. 3,5 Milliarden € neue Schulden trotz höchster Steuereinnahmen machen deutlich: Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen möchte nicht sparen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie haben völlig unzureichende Vorschläge vorgelegt. Wir haben 84 konkrete Änderungsvorschläge zum Haushalt gemacht. Damit sind fast 1 Milliarde € struktureller Einsparung im Landeshaushalt verbunden. SPD und Grüne haben alle Vorschläge unseres Sanierungskonzeptes abgelehnt. Für den Bereich der Arbeitsmarktpolitik will ich einige dieser Vorschläge erläutern. Wir wollen die Zuschüsse an die G.I.B. und die Technologieberatungsstelle beim DGB moderat kürzen, weil wir der Auffassung sind, dass auch hier ein Konsolidierungsbeitrag erbracht werden muss. Im Bereich der Gestaltung von Übergängen in der Zielgruppenpolitik, wie es haushaltstechnisch so schön heißt, erkennen wir die wichtige Arbeit der Verbände an. Wir sind aber auch der Auffassung, dass die Förderung der Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren die Finanzierung von Doppelstrukturen darstellt. Dies ist bei der Haushaltssituation des Landes nicht hinnehmbar, zumal der Bund gerade erst eine Vermittlungsoffensive in NRW gestartet hat, kräftig Personal aufgestockt hat und auch zuständig ist. 238 zusätzliche Vermittler in zunächst 13 Jobcentern

stehen dafür zur Verfügung. Wir wollen diese Personengruppe, deren Schwierigkeiten wir nicht kleinreden, wieder in Arbeit bringen. Weiterhin halten wir die Förderung der Regionalstellen „Frau und Beruf“ für rückwärtsgewandte Politik. Es ist ein positives Signal, dass Sie selbst einen Kürzungsvorschlag gemacht haben. Da die Kompetenzzentren aber kein neues Aufgabenspektrum bedienen, halten wir auch die verbleibende Förderung in Höhe von 3 Millionen € für unbegründet. Dies ist ein Zeichen für den überflüssigen Erhalt von doppelten Strukturen. Gleiches gilt für das Thema „Arbeitsschutz“. Hier sollen die Aufgaben 2013 neu organisiert werden. Bislang sind häufig sowohl der staatliche Arbeitsschutz als auch die Berufsgenossenschaften zuständig. Hier müssen Synergien genutzt werden, die Unternehmen von überflüssiger Bürokratie entlasten können. Rechtliche und vertragliche Änderungen müssen angegangen werden. Dann lassen sich sowohl beim Landesinstitut für Arbeitsgestaltung als auch im Bereich der Bezirksregierungen Mittel in einer Größenordnung von insgesamt über 13 Millionen € einsparen. Herr Minister, Sie betonen in Ihren Äußerungen im Plenum und im Ausschuss zu Recht immer wieder die Bedeutung der beruflichen Erstausbildung. Da sind wir ganz bei Ihnen. Aber Reden und Handeln fallen hier auseinander.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die gleiche Landesregierung streicht den Zuschuss für die Ausbildung der PTA. Sie gehören einer Landesregierung an, die es für richtig und vertretbar hält, dass der angehende Apotheker kostenfrei studieren kann und gleichzeitig in Kauf nimmt, dass die Pharmazeutisch-Technische Assistentin schon heute durchschnittlich 200 € monatlich Eigenanteil bezahlt und nach Wegfall des Landeszuschusses künftig weitere 73 € aufbringen muss.

(Beifall von der CDU)

Das passt vorne und hinten nicht zusammen. Die Betroffenen sind zu Recht empört über diese Landesregierung. Herr Minister, wenn Sie Ihr Amt und Ihren Einsatz für Ausbildung ernst nehmen, dann müssen Sie an dieser Stelle einschreiten und Ihrer Kollegin Steffens sagen, dass Sie diesen Weg nicht mittragen können.

(Beifall von der CDU)

Aber anstatt an dieser Stelle ganz konkret aktiv zu werden, starten Sie eine Initiative zum Thema „faire Arbeit“ und zeichnen in Ihren Äußerungen dazu ein Zerrbild von der Wirklichkeit in diesem Land. Herr Minister, diese Debatte wäre für Sie auch eine Gelegenheit, etwas zur positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in NRW in den letzten Jahren zu sagen. Es wäre eine Gelegenheit, darüber zu reden, wie viele Arbeitslose seit der letzten Krise wieder in Beschäftigung gekommen sind, dass sich die Wirtschaftsleistung in NRW verbessert hat, dass wir gute Tarifabschlüsse hatten und die Beschäftigten von dieser guten Entwicklung profitieren. Nordrhein-Westfalen ist kein arbeitsmarktpolitisches Notstandsgebiet. Ein verantwortungsvoll handelnder Minister stellt sein Land auch nicht so dar. Während sich Unternehmen um Fachkräfte bemühen, für den Standort NRW werben und zum Teil auch Arbeitslosen aus dem europäischen Ausland Chancen geben, machen Sie dieses Land schlecht. Das ist Negative Campaigning für den Standort und geht vollkommen an der Realität vorbei.

(Beifall von der CDU)

Sie wollen in den kommenden Monaten auf Marktplätzen über diese Themen reden. Ich kann mir gut vorstellen, wie das aussieht. Während die Menschen um Sie herum Wurst, Bio-Eier, Obst und Gemüse einkaufen, stehen Sie auf der Ladefläche eines Lkw und kritisieren erregt und lauthals die Ungerechtigkeiten dieser Welt. Herr Minister, ich frage Sie: Wer bezahlt eigentlich die SPD-Wahlkampfveranstaltungen im ganzen Land?

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir lehnen den vorliegenden Einzelplan ab.

**Es gilt das gesprochene Wort**

**Den weiteren Verlauf der Debatte finden Sie unter:**

**<http://landtag/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP16-22.pdf?von=1660&bis=1679>**